

Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V.

c/o AGJF Baden-Württemberg

Siemensstr. 11

70469 Stuttgart

Fon 0711-896915-0

Fax 0711-896915-88

30/05/2006

Anhörung Föderalismusreform im Bundestag Für die Erhaltung der bundeseinheitlichen Grundlagen der Kinder- und Jugendhilfe !

Nach umfangreichen Vorarbeiten ist die Reform der bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands (Föderalismusreform) nunmehr in das Stadium des konkreten Gesetzgebungsverfahrens getreten. Mit der geplanten Neufassung des Artikel 84 GG sollen die Länder die Möglichkeit erhalten, von den Regelungen zu den Verwaltungsverfahren und dem Aufbau der Behörden vom Bundesgesetz abzuweichen. Damit wäre u. a. sowohl die Abschaffung der Landes- wie der kommunalen Jugendhilfeausschüsse als Bestandteil der zweigliedrigen Jugendämter (§ 70 SGB VIII), sowie auch die Aufhebung der kommunalen Jugendämter und des Landesjugendamtes als eigenständige Fachbehörde durch Landesgesetz möglich. Die bewährten Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe (Zweigliedrigkeit des Jugendamtes, Eigenständigkeit des Jugendamtes als Fachbehörde), die Verpflichtung zur Jugendhilfeplanung, sowie die Partizipationsrechte junger Menschen und die Mitwirkungsrechte der freien Träger in den Jugendhilfeausschüssen und Landesjugendhilfeausschüssen wären dann zur beliebigen Disposition von Haushaltsstrategen gestellt.

Dies hätte nicht nur für die fachliche Qualität der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, und so auch der (Offenen) Kinder- und Jugendarbeit, negative Auswirkungen, sondern auch für die weitere Entwicklung einer aktiven Bürgergesellschaft. Schließlich wäre auch die bewährte partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe akut gefährdet.

Der Hauptausschuss des Christlichen Vereins Junger Menschen (CVJM) und der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) haben hierzu bereits Stellungnahmen beschlossen und vorgelegt. Auch die Kinderkommission des Deutschen Bundestages setzt sich dafür ein, dass die Föderalismusreform im Rahmen der parlamentarischen Beratungen daraufhin überprüft wird, ob eine umfassende bundesweite Zuständigkeit im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sichergestellt bleibt.

Diesen Forderungen und Stellungnahmen dieser Organisationen schließt sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen (BAG OKJE e.V.) vollinhaltlich an.

**Die Einheit der Kinder- und Jugendhilfestrukturen muss gewährleistet bleiben !
Die Föderalismusreform darf nicht zum Abbau von Beteiligung, Demokratie und zur Absenkung der Qualität der Jugendhilfe und Jugendarbeit führen !**

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Holzwarth, Vorsitzender